

2 Öffentlichkeit und die Medien

Das folgende Kapitel legt die öffentlichkeitstheoretische Basis für die Diskussion von Transnationalisierung und die Erarbeitung konkreter Qualitäten von Medienberichterstattung. Für eine Annäherung an den Begriff Öffentlichkeit wird er zunächst definiert, die Besonderheiten der Medienöffentlichkeit verdeutlicht und die Bedeutung öffentlicher Kommunikation für moderne Demokratien herausgestellt. Eine Gegenüberstellung verschiedener Öffentlichkeitskonzepte anhand der Input-, Throughput- und Outputebene spannt anschließend den Raum möglicher normativer Implikationen für die Funktionen von Öffentlichkeit und die Rolle der Medien auf. Durch die finale Zuspitzung auf das Forenmodell von Öffentlichkeit lässt sich die Brücke zur Transnationalisierungsforschung (Kapitel 3) und vor allem den theoretischen und empirischen Ausführungen zu Medieninhaltsqualitäten (Kapitel 4) schlagen.

Im alltagssprachlichen Gebrauch kursieren verschiedene Verständnisse von Öffentlichkeit: Sie kann erstens als Infrastruktur öffentlicher Kommunikation zum Beispiel mit den klassischen Massenmedien gleichgesetzt werden, zweitens als massenmediales Produkt – etwa als der Zustand allgemeiner Aufmerksamkeit – oder drittens als Kollektiv derjenigen konzeptualisiert werden, die sich an öffentlicher Kommunikation beteiligen (Wessler & Brüggemann, 2012, S. 54). Für eine breite Definition, die über diese einzelnen Verständnisse hinausgeht, ist jedoch das Adjektiv ‚öffentlich‘ der zentrale Anknüpfungspunkt: Demnach gilt all jenes als *öffentlich*, was *nicht geheim* und *nicht privat* ist, also das, „was vor aller Augen geschieht und in aller Munde“ (Peters, 1994, S. 44) sowie „Gegenstand organisierter kollektiver Verantwortlichkeit und Entscheidungen [ist] (oder sein sollte)“ (ebd.). Öffentlichkeit lässt sich damit als Raum beschreiben, in dem eine solche Art von Kommunikation stattfindet; ein Raum, der sich durch eine prinzipiell offene Zugänglichkeit und die Thematisierung von Angelegenheiten auszeichnet, die alle etwas angehen (Wessler & Brüggemann, 2012, S. 55). In den Fokus geraten also nicht mehr nur die Personen und Verbreitungskanäle sowie das Ergebnis öffentlicher Kommunikation, sondern die Inhalte und Beschaffenheit von Öffentlichkeit.

Dabei existiert Öffentlichkeit nicht automatisch, sondern muss stets aktiv hergestellt werden – eine Aufgabe, die durch öffentliche Kommunikation zustande kommt und damit den Massenmedien zugesprochen wird (Pöttker, 1998,

S. 237). Öffentliche Kommunikation ist dabei nicht gleichbedeutend mit massenmedial vermittelten Themen, doch wird Erstere durch Medienorganisationen erheblich beeinflusst und kann dementsprechend als Näherungswert verstanden werden (Jarren, 2008, S. 332). Bereits die frühen Zeitungswissenschaftler (siehe Groth, 1948, S. 178-179 in Bezug auf Prutz) rekurrieren auf die zentrale Bedeutung der Medien für die Etablierung einer modernen Öffentlichkeit. Neidhardt (2007, S. 33) datiert die „Institutionalisierung des ‚Prinzips Öffentlichkeit‘“ auf das 19. Jahrhundert, in dem die „verfassungsrechtliche Verankerung von Informations-, Meinungs-, Rede-, Versamlungs- und Pressefreiheit“ (ebd.) erfolgte, und schreibt der Etablierung massenmedialer Technologien eine zentrale Rolle für die Herstellung der politischen Öffentlichkeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu (ebd., 1994, S. 11-12).⁴ Es sind die Massenmedien, die aufgrund ihrer Selektions- und Aufbereitungsleistung dazu in der Lage sind, die Komplexität und Distanz innerhalb moderner Gesellschaften zu reduzieren und durch die öffentliche Vermittlung von Angelegenheiten, die von allgemeinem Interesse sind, den Bürgern nicht unmittelbar Erlebtes zu vermitteln (Jarren, 2008, S. 330; Pöttker, 1998, S. 235-236). Die Massenmedien nehmen also eine doppelte Rolle ein: Zum einen dienen sie als Kanal und Plattform für die Abbildung der Beiträge anderer Akteure und des gesellschaftlichen Diskurses allgemein. Sie spannen durch diese Vermittlungsfunktion den öffentlichen Kommunikationsraum auf, da sie als das ‚Master-Forum‘ fungieren und (zumindest potentiell) alle Gesellschaftsmitglieder erreichen (Ferree et al., 2002b, S. 10; Neidhardt, 1994, S. 11) und so alle Bürger in den öffentlichen Diskurs integrieren können (Voltmer, 1999, S. 22-23).⁵ Zum anderen folgen Massenmedien einer eigenständigen Lo-

4 Neben der Öffentlichkeitsebene der Massenmedien lassen sich zwei weitere Ebenen differenzieren, die sich zum einen hinsichtlich der Menge an Kommunikationsteilnehmern und zum anderen hinsichtlich ihres Grades an struktureller Veränderung unterscheiden: die Encounter- und die Veranstaltungsöffentlichkeit (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 19-25).

Für die Transnationalisierung von Öffentlichkeit spielen beide Ebenen nur eine untergeordnete Rolle: Das physische Aufeinandertreffen von Personen verschiedener Staatsangehörigkeit („Encounter“) kommt verhältnismäßig seltener vor als im nationalen Kontext. Transnationale Themen werden zwar auch auf Veranstaltungen diskutiert, doch gestaltet sich hierbei die Informations- und Meinungsverbreitung aufgrund unterschiedlicher Sprachen und Kulturkreise noch etwas schwieriger. Dementsprechend erhalten die Massenmedien für den transnationalen Kontext eine noch größere Bedeutung zur Herstellung von Öffentlichkeit.

5 Aufgrund dieser angenommenen Reichweite wird in der Kommunikationsforschung Öffentlichkeit bzw. der öffentliche Diskurs häufig mit der Medienöffentlichkeit bzw. dem medialen Diskurs konzeptionell gleichgesetzt. Das hat theoretische Schwächen: In der Medienberichterstattung ist beispielsweise von einem systematischen (Eliten-)Bias auszugehen, der durch die Medienlogik und spezifische Selektionskriterien (z.B. Nachrichtenwertfaktoren) bedingt ist. Auch wird je nach empirischer Medienauswahl der gesamtgesellschaftliche Diskurs unzureichend abgebildet. Da die Medien jedoch das einzige Forum sind, das zumindest das Potential hat, die gesamte Gesellschaft zu erreichen, stellt die Berichterstattung in reichweitenstarken

gik: Sie selektieren und komplettieren die Informationen, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, kommentieren diese und produzieren eigene Beiträge. Dies macht sie selbst zu zentralen Akteuren im öffentlichen Diskurs. Die herausragende Rolle für die Herstellung von Öffentlichkeit und damit die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft legt nahe, dass Massenmedien bestimmten Anforderungen genügen müssen. (z.B. Schulz, 2011, S. 319-322)

Öffentlichkeit ist dabei nicht nur ein Leitbegriff, also ein zentrales Element „der Semantik moderner westlicher Gesellschaften“ (Peters, 1994, S. 42), sondern gehört auch zum Kern ihres demokratischen Selbstverständnisses (Jünger & Donges, 2013, S. 151). Die Bedeutung von Öffentlichkeit zeigt sich vor allem in ihrem angenommenen Zusammenhang mit Demokratie und Legitimation (Peters, 2007, S. 351): Ohne eine Öffentlichkeit, „die genügend Information bereitstellt und die Transparenz politischer Entscheidungen sowie einen Wettbewerb der Ideen und Argumente sichert“ (ebd., S. 352), ist sowohl die politische Beteiligung der Bürger als auch der Bestand eines legitimen und leistungsfähigen demokratischen Systems undenkbar (Gerhards, 1998, S. 269-270; Voltmer, 1999, S. 13). In demokratischen Gesellschaften, in denen das politische Handeln begründungsbedürftig ist, stellt Öffentlichkeit demnach eine dauerhafte und responsive Verbindung zwischen den Entscheidungsträgern sowie den von Beschlüssen Betroffenen her und ermöglicht so die Herrschaftskontrolle bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Selbststeuerung (Tobler, 2010, S. 41-43). Diese intermediäre Position zeigt, dass „moderne Demokratien ohne Öffentlichkeit nicht denkbar sind“ (Gerhards, 2002, S. 270).

Es überrascht daher nicht, dass der Öffentlichkeitsbegriff oft eine Basis für gesellschaftstheoretische Konzepte darstellt und zum Standardrepertoire der Sozialwissenschaften gehört (Gerhards, 1998, S. 268; Imhof, 2003, S. 194). Obwohl das Öffentlichkeitskonzept nicht explizit in den Klassikern der Soziologie vertreten ist (Gerhards, 1998, S. 268), lässt sich die theoriegeschichtliche Entwicklung des Begriffs bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen und bis in die Gegenwart nachzeichnen – von den aufklärerischen Ausführungen Immanuel Kants, der durch seinen Vernunft- und Tugendbegriff auf „eine öffentliche Sphäre verweist, in der das freie Raisonement *beides* hervorbringt“ (Imhof, 2003, S. 193; kursiv im Original), bis zu Jürgen Habermas, dem wohl bekanntesten Namen im Zusammenhang mit dem Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit und ihrem Verfall (ebd., S. 193-200).

Obwohl Öffentlichkeit als Begriff dabei stets normativ aufgeladen ist (Gerhards, 1998, S. 268-269; Jünger & Donges, 2013, S. 151), werden je nach spezifischem Öffentlichkeitsverständnis unterschiedliche Forderungen an ihre Funkti-

und/oder qualitativ hochwertigen Leitmedien einen Näherungswert für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs dar und kann diesen mitgestalten.

onen, an die Rolle der Medien⁶ und nicht zuletzt auch an die inhaltliche Ausgestaltung der medialen Vermittlung herangetragen. Die Pole für den normativen Gehalt von Öffentlichkeitskonzepten stellen einerseits die liberalen bzw. repräsentativ-liberalen Ansätze (Luhmann, 1990; 1996; Marcinkowski, 1993; 2002) und andererseits die diskursiven bzw. deliberativen Ansätze (Habermas, 1990; 1992; Peters, 2001) dar. Diese werden im Folgenden hinsichtlich ihrer Konzeptualisierungen von Öffentlichkeit sowie ihrer damit verknüpften Funktionen und des Medienverständnisses gegenübergestellt (Kapitel 2.1). Im Anschluss wird das Arenen- bzw. Forenmodell von Neidhardt (1994) diskutiert; es entstand unter Rekurs auf die beiden anderen Öffentlichkeitsmodelle, nimmt hinsichtlich der normativen Forderungen an Öffentlichkeit eine Mittelposition ein und misst den Massenmedien eine besondere Bedeutung bei (Kapitel 2.2). Die Öffentlichkeitsfunktionen des Forenmodells bilden dabei die Basis zur Herleitung inhaltlicher Qualitäten transnationaler Medienberichterstattung (siehe Kapitel 4).

2.1 Spiegel- und Diskursmodell von Öffentlichkeit

Um die Merkmale der einzelnen Öffentlichkeitsmodelle detailliert herauszuarbeiten, werden die Systematisierungen von Gerhards (1997) sowie Ferree et al. (2002a) aufgegriffen und in Anlehnung an diese die Differenzierung nach Neidhardt (1994, S. 8 im Rekurs auf Etzioni, 1968) herangezogen: Dieser unterscheidet drei Prozessstufen von Öffentlichkeit – Input, Throughput und Output. Während die Inputebene darauf ausgelegt ist, welche Akteure in Demokratien am öffentlichen Diskurs teilnehmen (sollen), beschreibt die Throughputebene den öffentlichen Kommunikationsprozess und seine (wünschenswerte) Beschaffenheit, und die Outputebene bezieht sich auf das (potentielle) Resultat des öffentlichen Diskursprozesses. Inwiefern die Massenmedien diese Prozessstufen bedienen und damit die Funktionen erfüllen, kann dabei als Gütekriterium für Öffentlichkeit fungieren, da die Funktionserfüllung die Verbindung zwischen Öffentlichkeit und Demokratie widerspiegelt (Neidhardt, 1994, S. 8).

Ein erstes normativ wenig voraussetzungsreiches Konzept von Öffentlichkeit ist das liberale Modell – auch Spiegelmodell genannt. Obwohl es keine einschlägigen Autoren gibt, die das Spiegelmodell explizit erarbeiten, bilden die liberale Demokratietheorie (v.a. Ackerman, 1989) sowie systemtheoretische Überlegungen (Luhmann, 1990; 1996; Marcinkowski, 1993; 2002) zentrale Bezugspunkte. Ihnen zufolge soll Öffentlichkeit „die Selbstbeobachtung der Gesell-

6 Beispielsweise erarbeiten Christians und Kollegen (2009) vier Theoriemodelle von Demokratie und leiten daraus vier verschiedene Journalismusrollen ab: eine beobachtende, kollaborative, radikale oder stützende bzw. ermöglichende (Christians et al., 2009, S. 139-220).

schaft und die Herstellung einer Selbstbeschreibung mittels Veröffentlichung von Themen und darauf bezogenen Beiträgen“ (Marcinkowski, 1993, S. 118; siehe auch Luhmann, 1990, S. 170-182) ermöglichen. Der öffentlichen Debatte wird in Grundsatzfragen kein Konsens in Aussicht gestellt, weswegen sich die Akteure in der Diskussion auf kompromissfähige Fragen fokussieren und beschränken sollen. (Gerhards, 1997, S. 9-10; siehe auch Ackerman, 1989, S. 17-19) Im systemtheoretischen Zusammenhang werden dabei die Massenmedien als ein eigenständiges System aufgearbeitet, das besagte Selbstbeobachtung dirigiert und eine Integrationsfunktion erfüllt, da von diesem Medium „prinzipiell niemand ausgeschlossen wird und das soweit als gemeinsamer thematischer Rahmen gesellschaftsinterner Kommunikation fungieren kann“ (Marcinkowski, 2002, S. 114). Dabei müssen Medien nicht die Realität abbilden oder wahre Informationen liefern (Luhmann, 1996, S. 173-174), von denen das Publikum profitiert, sondern aufgrund ihrer eigenen Systemhaftigkeit sich lediglich immer wieder selbst erneuern. Aus systemtheoretischer Sicht werden also keine normativen Forderungen an die Massenmedien angelegt. (Marcinkowski, 2002, S. 119) Ein wenig weiter gehen die repräsentative bzw. partizipative liberale Öffentlichkeitstheorie, die die Informations- und Repräsentationsfunktion von Öffentlichkeit betonen (Ferree et al., 2002a, S. 291; 296-297). Hinsichtlich der Inputdimension, die beim Spiegelmodell von Öffentlichkeit im Fokus steht, lässt sich feststellen, dass die verschiedenen Interessenlagen stets proportional zu ihrer gesellschaftlichen Verteilung in der öffentlichen Debatte widerspiegelt werden sollen. (Gerhards, 1997, S. 10) Da Öffentlichkeit als „Letztinstanz der Beurteilung politischer Angelegenheiten“ (Luhmann, 1996, S. 187) dient, verbleibt die Autorität theoretisch bei den Bürgern. Doch kann Öffentlichkeit nicht politisch entscheiden und somit sollen gewählte Repräsentanten und kollektive Akteure, die den öffentlichen Diskurs dominieren, Entscheidungen treffen – verfügen sie doch einerseits über die notwendige Expertise und andererseits über die demokratische Legitimation im Auftrag der Bürger zu sprechen (Ferree et al., 2002a, S. 290-291). Zentral ist ferner die Herstellung von Transparenz, die den Medien zukommt: Repräsentanten sollen genug Raum erhalten, um ihre Positionen darzustellen und die Positionen ihrer Kontrahenten zu hören. Denn nur so können zum einen Teilnehmer der Debatte erfahren, welche Positionen die anderen innehaben und in welchen Aspekten sie übereinstimmen (Gerhards, 1997, S. 9-10), und zum anderen Bürger die Chance erhalten, sich über wichtige gesellschaftliche und politische Sachverhalte zu informieren (Ferree et al., 2002a, S. 291-292). Der geringe Stellenwert der Bürgerbeteiligung bzw. das eher passive Bürgerbild, das in der repräsentativ-liberalen Demokratietheorie vorherrscht, wird in der partizipativ-liberalen Demokratietheorie revidiert: Die Einbindung aller Bürger in den öffentlichen Diskurs ist hier zentral, da sich nur auf diese Weise ein

volonte générale – also ein allgemeiner Volkswille – herausbildet und alle gesellschaftlichen Interessen öffentlich diskutiert werden können. (ebd., S. 295-297) Betrachtet man die beide liberalen Strömungen gleichermaßen, so lässt sich für die Inputfunktion des Spiegelmodells festhalten, dass sowohl die proportionale Repräsentanz aller gesellschaftlichen Interessen als auch die Herstellung von Transparenz im Vordergrund stehen. Die in der Öffentlichkeit Handelnden sind dabei zumeist kollektive Akteure.

Im Vergleich dazu ist das diskursive bzw. deliberative Öffentlichkeitsverständnis – auch als Diskursmodell bezeichnet – normativ deutlich voraussetzungsreicher. Hier dienen vor allem die Ausführungen von Habermas (1990; 1992), aber auch von Peters (1994; 2001) als zentrale Referenzen. Habermas konzeptualisiert Öffentlichkeit entlang eines Verlaufsmodells von Politikherstellung, die abhängig davon ist, welche Akteure in der Öffentlichkeit zu Wort kommen. Dabei lässt sich zwischen Akteuren des Zentrums – also des politisch-administrativen und juristischen Systems – sowie Akteuren der Peripherie unterscheiden. Die Peripherie gliedert sich in eine Input- und Outputperipherie: Auf der Inputseite lassen sich Akteure der Zivilgesellschaft, beispielsweise Interessengruppen, kulturelle Einrichtungen, Kirchen oder die Bürger selbst, verorten. Die zentralen Aufgaben der Akteure der inneren Peripherie sind die Einflussnahme auf politische Prozesse, das Stellen von Forderungen und die Artikulation von Interessen, Bedürfnissen und gesellschaftlichen Problemen. In der Outputperipherie befinden sich demgegenüber organisierte Spitzenverbände (Gerhards, 1997, S. 3; Habermas, 1992, S. 429-431). Habermas legt in Anlehnung an Peters als Bedingung für eine legitime politische Entscheidung den Ursprung des Meinungs- und Willensbildungsprozesses in der Inputperipherie fest. Getroffen werden die Entscheidungen dagegen im Zentrum durch demokratische und rechtsstaatliche Verfahren, umgesetzt bzw. blockiert werden sie in der Outputperipherie (Gerhards, 1997, S. 4-5; Habermas, 1992, S. 431-432). Liegt die kommunikativ erzeugte Macht auf der Inputseite, so spricht Gerhards von einer autochthonen Öffentlichkeit, wird Macht administrativ – also im Zentrum – erzeugt, dann gilt die Öffentlichkeit als vermachtet (Gerhards, 1997, S. 6-7). Erster ist normativ wünschenswerter, um einen öffentlichen Diskurs zu forcieren.

Ferner sind es die Massenmedien, die Öffentlichkeit durch die Wahl der Beiträge vorstrukturieren und dominieren. Da Massenmedien jedoch aufgrund ihres zunehmend kommerziellen Charakters von privaten Interessen durchzogen sind, so Habermas' These, verändert ihre Dienstleistung den Charakter von Öffentlichkeit; Öffentlichkeit wird depolitisiert und verarmt zunehmend. (Habermas, 1990, S. 284; 1994, S. 437). Dieses sehr negative Medienbild sowie die Einschätzung einer übertriebenen Einflussannahme durch die Medien werden

von verschiedenen Autoren angeprangert (Calhoun, 1994, S. 21; Garnham, 1994, S. 360). Das führt Habermas zwar zu einer Differenzierung, veranlasst aber zunächst nicht zu einer Aufwertung der Medienrolle (1994, S. 438). Erst in einem späteren Aufsatz stellt er ein kommunikatives Modell deliberativer Politik vor, das medienvermittelter, politischer Kommunikation das Vermögen für deliberative Legitimation zuspricht, wenn das Mediensystem von externen Einflüssen aus Wirtschaft und Politik unabhängig und einem anonymen Publikum gegenüber responsiv ist. Habermas' finales Urteil zu den Medien bleibt jedoch ein negatives: Aufgrund der Monopolisierung durch wirtschaftliche Interessen werden Angelegenheiten des politischen Diskurses von Unterhaltungsaspekten kontaminiert. Die Folgen seien die Personalisierung, die Dramatisierung von Ereignissen, die Simplifizierung komplexer Sachverhalte, die Polarisierung von Konflikten und die Forcierung einer politikfeindlichen Stimmung. (Habermas, 2006, S. 411-412; 420-423)

Im Gegensatz zu diesem negativen Resümee formuliert Brosda (2008b) auf derselben Basis eines deliberativen Öffentlichkeitsverständnisses sein Konzept des diskursiven Journalismus mit einem normativ anspruchsvollen und konstruktiven Profil der Massenmedien. In deliberativen Öffentlichkeiten sollen Journalisten demnach die Aufgabe des Diskursanwaltes erfüllen: Einerseits sollen sie für die Rezipienten die Richtigkeit und Akzeptabilität verschiedener Behauptungen im öffentlichen Diskurs prüfen und Informationen bereitstellen, die eine solche Prüfung durch das Publikum selbst möglich macht. Andererseits sollen sie Stimmen, die im Diskurs sonst kein Gehör finden, in den Diskurs einbringen und so seine Offenheit gegenüber allen Akteuren und Meinungen gewährleisten. (Brosda, 2008a, S. 16; 2008b, S. 377-378) Brosdas Konzept zeigt also, dass das deliberative Öffentlichkeitsverständnis nicht automatisch mit einem pessimistischen Medienbild einhergeht, sondern der Deliberationsprozess mit Leistungsanforderungen an die Massenmedien in Einklang zu bringen ist.

Neben den generellen Annahmen zur Beschaffenheit von Öffentlichkeit und öffentlicher Kommunikation zeichnet sich Habermas' Diskursmodell auf der Inputdimension – ähnlich dem Spiegelmodell – durch die Forderung nach Offenheit für verschiedene Themen und den allgemeinen Zugang aus. Habermas nimmt eine Gleichheit der Teilnahmebedingungen und der Artikulationsmöglichkeiten verschiedener Akteure an, unabhängig ihres sozialen Status – dies bilde eine ideale Sprechsituation im Diskurs. (1990, S. 156; 1992, S. 370-371) Der zentrale Unterschied zum Spiegelmodell liegt jedoch in der herausragenden Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure: Denn obwohl die Entscheidungsmacht den kollektiven Akteuren des Zentrums zugeschrieben wird, sollten in der Öffentlichkeit vor allem autochthone Akteure zu Wort kommen können. Das bedeutet, dass es normativ wünschenswert ist, dass hauptsächlich Bürger sowie

Vertreter der Zivilgesellschaft aus der Inputperipherie den öffentlichen Diskurs bestreiten. (Ferree et al., 2002a, S. 300-301; Gerhards, 1997, S. 12)

Der Wechsel auf die Throughputebene – also die Frage danach, was und wie in der Öffentlichkeit kommuniziert werden soll – rückt den Diskursverlauf in den Vordergrund. Das zuerst beschriebene repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsverständnis legt wiederum Wert auf die Offenheit der Debatte. Demnach soll es keine Themen oder Meinungen geben, die nicht diskutiert werden können – selbst Minderheitenmeinungen sind zu artikulieren. (Ferree et al., 2002a, S. 293) Auf welche Weise das erfolgt, ist jedem Akteur, der sich öffentlich äußert, zunächst selbst überlassen. Da es jedoch kein normatives Kriterium für die öffentliche Entscheidungsfindung gibt, ist der neutrale Umgang mit Akteuren anderer Positionen unabdingbar. Dafür ist jedoch eine gemeinsame Wertebasis notwendig. (Ackerman, 1987, S. 12-13; Gerhards, 1997, S. 11) Neben diesem Appell für die Zivilität im Umgang mit anderen Meinungen wird in der repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitstradition Emotionalität als Kommunikationsmittel verworfen. In emotionalen Diskursen werden häufig die Regeln eines neutralen Umgangs miteinander gebrochen, weswegen auf emotionale Rede zu verzichten ist. (Ferree et al., 2002a, S. 294) Dieser Standpunkt wird im partizipativ-liberalen Öffentlichkeitsverständnis allerdings relativiert: Da es die zentrale Aufgabe von Öffentlichkeit ist, Bürger zur Partizipation am politischen Geschehen zu mobilisieren, können auch emotionale oder polemische Appelle unter Umständen gerechtfertigt sein. Schadet dies jedoch der gesellschaftlichen Debatte, sind deliberative Kommunikationsstile vorzuziehen. Allgemein zeigt sich im Vergleich zum repräsentativ-liberalen, elitenbezogenen und neutral kommuniziertem Öffentlichkeitsverständnis in der partizipativ-liberalen Tradition die Zulässigkeit einer Bandbreite von Kommunikationsstilen. (ebd., S. 297-298)

Anders als beim Spiegelmodell liegt das Hauptaugenmerk im Diskursmodell explizit auf einem deliberativen Charakter der öffentlichen Kommunikation sowie auf einer Validierung von Meinungen (Jünger & Donges, 2013, S. 160). Das Ziel des idealen öffentlichen Diskurses besteht darin, andere Akteure von der eigenen Position zu überzeugen (Peters, 2001, S. 656-657). Da der Diskurs generell frei von internen und externen Zwängen vorzustattgehen soll (Habermas, 1990, S. 97; 1992, S. 370), stehen explizit nicht die individuellen Interessen, sondern das öffentliche Wohl im Vordergrund. Es ist demnach das bessere Argument, das eine Debatte entscheidet, nicht die Macht- oder Mehrheitsverhältnisse. Alle in einer Diskussion vorgebrachten Argumente sind damit stets begründungspflichtig, sie sollten im Austausch mit anderen, unter Bezug auf die Argumente anderer und auf einem hohen Rationalitätsniveau diskutiert werden. (Gerhards, 1997, S. 6-7; Ferree et al., 2002a, S. 301-302) Um diese Voraussetzungen für die Konsensfindung zu erfüllen, sollte der Diskurs von Zivilität und

gegenseitigem Respekt geprägt sein – wobei im Vergleich zum repräsentativ-liberalen Öffentlichkeitsverständnis die Forderung nach Zivilität emotionale Argumente nicht ausschließt. Diese können im Diskursmodell der öffentlichen Debatte sogar zuträglich und rational ausgestaltet sein. (Ferree et al., 2002a, S. 305) Welche Diskursqualität bei der öffentlichen Kommunikation vorherrscht, ist im Habermas'schen Verständnis dabei stark vom Akteur abhängig: Demnach zeichnen sich zivilgesellschaftliche Akteure, also Sprecher aus der Inputperipherie, durch ein hochwertiges Diskursverhalten aus, da sie sich – im Vergleich zu Akteuren aus dem Zentrum – nicht über ihre Rolle definieren und nicht aufgrund der Pflicht zur Entscheidungsfindung in ihrem Kommunikationsverhalten eingeschränkt sind (Habermas, 1992, S. 438). Zusammenfassend zeigt sich, dass sowohl im Spiegel- als auch im Diskursmodell der Respekt für andere Diskursteilnehmer eine wichtige Voraussetzung für Öffentlichkeit ist. Während im liberalen Öffentlichkeitsverständnis jedoch alle Inhalte und Meinungen im Kommunikationsverlauf zugelassen sind, ist öffentliche Kommunikation im Diskursmodell stärker reglementiert: Demnach sollen sich öffentliche Sprechbeiträge argumentativ auf andere Diskursteilnehmer beziehen, sie sind mit Begründungen zu unterfüttern und sollten auf einem hohen Rationalitätsniveau erfolgen.

Die letzte Ebene von Öffentlichkeit bezieht sich auf den Output – also das Resultat des öffentlichen Kommunikationsprozesses. Das Spiegelmodell ist auf dieser Ebene in seinen normativen Ansprüchen erneut eher bescheiden: Da in moralischen Grundsatzfragen aufgrund der Vielzahl gesellschaftlicher Meinungen und Interessen kein Konsens erzielt werden kann, sind solche Fragen aus dem öffentlichen Diskurs auszuklammern. Öffentlicher Dissens ist nicht ständig zu wiederholen – vielmehr soll ein ‚conversational restraint‘ der Öffentlichkeitsakteure erfolgen. Befindet sich der Dialog aufgrund unterschiedlicher Wertevorstellungen in einer Pattsituation, sollten kontroverse Themen einfach von der Agenda genommen werden (Ackerman, 1989, S. 16-19). Ferner sind es Mehrheitsmeinungen, die als Entscheidungsgrundlage dienen. (Gerhards, 1997, S. 11) Wird eine Entscheidung von legitimen Repräsentanten getroffen, gibt es keinen Grund für weitere öffentliche Debatten. Und auch wenn es keine Entscheidung zu fällen gibt, wird in einer repräsentativ-liberalen Öffentlichkeit die grundsätzliche Abschließbarkeit von öffentlichen Diskursen vertreten – endlose Debatten soll es nicht geben. (Ferree et al., 2002a, S. 294) An diesem Punkt setzt das repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsverständnis an, das den Abschluss von Diskursen und den Verlass auf Mehrheitsmeinungen als problematisch einstuft – kann dies doch unter Umständen bedeuten, dass nicht alle Positionen zu einem Sachverhalt gehört werden. Minderheiten oder die ‚Verlierer‘ einer öffentlichen Debatte sollen demnach auch nach der Entscheidungsfindung die Möglichkeit

zur Meinungsartikulation haben, da nur so eine funktionierende Öffentlichkeit gewährleistet werden kann. (ebd., S. 299)

Im Diskursmodell folgt als Output einer ideal verlaufenden öffentlichen Debatte ein gradueller Konsens. Selbst wenn ein breiter gesellschaftlicher Konsens nicht möglich ist, so kann zumindest eine gemeinsame ‚Minimalposition‘ erarbeitet werden, um Entscheidungen voranzutreiben. Nur wenn ein Konsens erreicht wurde, so das deliberative Verständnis, ergibt ein Abschluss der Debatte nach der Entscheidungsfindung auch Sinn – sonst ist der Diskurs fortzusetzen. (ebd., S. 305-306) Dabei kritisiert Habermas Ackermans Annahme der kommunikativen Selbsteinschränkung (Habermas, 1992, S. 375-380) – es sollte vielmehr „alle Angelegenheiten, die einer politischen Regelung bedürfen, öffentlich diskutiert werden; aber nicht alles, was berechtigterweise Gegenstand öffentlicher Diskussion ist, wird auch einer politischen Regelung zugeführt“ (ebd., S. 381). Mehrheitsbeschlüsse zu politischen Fragen, die im Zentrum erfolgen, sind für das Funktionieren eines Systems unabdingbar. Doch gelten nur diskursiv hergestellte Mehrheitsmeinungen als legitim. (ebd. S. 364; 430) Im Vergleich zum „diskursiv geprüften Konsens, [bzw.] zumindest ... einer diskursiv abgeschliffenen Mehrheitsmeinung“ (Gerhards, 1997, S. 7) in einer autochthonen Öffentlichkeit, besteht das Resultat einer vermachteten Öffentlichkeit lediglich „in einer administrativ erzeugten Macht, einer beschafften Massenloyalität für Entscheidungen des Zentrums der Politik durch das Zentrum der Politik.“ (ebd.) Im Vergleich dazu hat der Diskurs einer autochthonen Öffentlichkeit eine gemeinschaftsbildende Funktion für die Gesellschaft, wobei zentrale Leistungen deliberativer Öffentlichkeit in der allgemeinen Rationalisierung des öffentlichen Argumentationshaushaltes sowie der Steigerung der Rationalität öffentlicher Meinungs- und Willensbildung bestehen. Dies dient der Herstellung legitimer Entscheidungen. (Peters, 2001, S. 657)

Tabelle 1: Gegenüberstellung des Spiegel- und Diskursmodells von Öffentlichkeit (nach Gerhards, 1997; Ferree et al., 2002a)

Ebene	Spiegelmodell	Diskursmodell
Input	Kollektive Akteure dominieren den Diskurs	Individuelle Akteure oder bürgernahe kollektive Akteure der Zivilgesellschaft dominieren den Diskurs
	Einbindung der Bürger und proportionale Repräsentanz aller gesellschaftlichen Interessen	Offenheit des Diskurses für alle Bürger und Gleichheit der Teilnahmebedingungen
Throughput	Bandbreite an Kommunikationsstilen und Handlungen zulässig, bei gleichzeitigem Respekt vor Akteuren mit anderen Meinungen	Argumentativer Bezug zu anderen Diskursteilnehmern Kommunikation mit Begründungen und hohem Rationalitätsniveau Kommunikation geprägt von gegenseitigem Respekt und Zivilität
Output	Ausklammerung nicht konsensfähiger Fragen aus der Kommunikation	Gemeinschaftsbildung durch Diskurs
	Kommunikative Selbsteinschränkung, Öffentliche Meinung als kommunizierte Meinung	Lediglich Diskurs ermöglicht Legitimität von Entscheidungen
	Mehrheitsmeinung bestimmt durch die Aggregation der Individualkommunikationen	Gesellschaftlicher Konsens oder argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung

Der zentrale Unterschied zwischen dem Spiegel- und dem Diskursmodell besteht folglich auf der Outputebene, also in der Annahme einer (Un-)Möglichkeit von Konsens: Während das Spiegelmodell die Aggregation von Individualmeinungen zu einer Mehrheitsmeinung in den Vordergrund rückt und nicht-konsensfähige Fragen aus dem öffentlichen Diskurs ausklammert, stellt das Diskursmodell nach dem deliberativen Debattenverlauf in der Öffentlichkeit einen Konsens oder eine argumentativ gestützte Mehrheitsmeinung in Aussicht. Nur ein Diskursverlauf

unter solchen Umständen generiert legitime Entscheidungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Zusammenschau (siehe Tabelle 1) und die Ausführungen zeigen, dass das Spiegelmodell normativ weniger voraussetzungsreich ist als das Diskursmodell, dabei den Medien für die Herstellung von Öffentlichkeit allerdings eine konstruktivere Bedeutung bemisst. Im Vergleich wird dem Diskursmodell – neben anderen Kritikpunkten (siehe die Beiträge in Calhoun, 1994) – eine Realitätsferne zu- und damit die Eignung für empirische Studien abgesprochen, und auch das negative Medienbild kann nicht vorbehaltlos übernommen werden. Die normativen Ansprüche des Modells greifen zudem etwas hoch (Argumentation nach Lichtenstein, 2014, S. 73-76): So ist der Kritik an der idealen Sprechsituation, in der weder Zwänge noch Statusunterschiede zum Tragen kommen, durchaus zuzustimmen. Auch ist es eher unwahrscheinlich, dass sich Dissens – trotz unterschiedlicher Interessenlagen, Machtbestrebungen oder strategischer Überlegungen unterschiedlicher Akteure – lediglich durch den Zwang des besseren Argumentes in Konsens auflösen lässt. Die Revisionen, die Habermas als Antwort auf zentrale Kritikpunkte in späteren Werken (1988; 1992) an seinem Öffentlichkeitskonzept vorgenommen hat, weisen laut Tobler (2010, S. 31-41) bereits in Richtung eines arenen- bzw. forenthoretischen Modells.

Dieses Modell, formuliert von Neidhardt (1994), verfügt über einen normativ anspruchsvollen Gehalt und erkennt dabei die Medienrolle zur Herstellung von Öffentlichkeit an. Inwiefern es dem Spiegel- und Diskursmodell vorzuziehen ist und was es konzeptionell beinhaltet, wird im Folgenden behandelt.

2.2 Forenmodell von Öffentlichkeit

In seinen Ausführungen zu Öffentlichkeit schlägt Neidhardt (1989; 1994) explizit einen Mittelweg zwischen dem Spiegel- und dem Diskursmodell ein. Während er dem Habermas'schen Öffentlichkeitsbegriff unterstellt, so bedeutungsvoll zu sein, dass „man mit ihm kaum noch etwas wiedererkennen kann“ (ebd., 1989, S. 26), wirft er Luhmann vor, zunächst die Relevanz von Öffentlichkeit als den eigentlichen Souverän (Luhmann, 1986, S. 175) herauszustellen, nur um sie anschließend systematisch zu verharmlosen. Somit legen „durch unzulässige Vorentscheidungen qua definitionem“ (Neidhardt, 1989, S. 27) Habermas zu hohe und Luhmann zu niedrige Maßstäbe an die Leistungen von Öffentlichkeit an (ebd.).

An diese Überlegungen anknüpfend schließt das Forenmodell die Forderung des Spiegelmodells nach Transparenz gesellschaftlich relevanter Themen und Meinungen sowie nach einer öffentlichen Repräsentanz aller Interessen ein.

Zugleich pocht es ähnlich dem Diskursmodell auf einen diskursiven Verlauf der öffentlichen Debatte, ohne auf eine argumentative Konsensfindung zu bestehen und die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Akteuren überzubewerten. Damit bietet das Forenmodell einen normativ anspruchsvollen Ansatz, der sich zusätzlich aufgrund seiner klaren Strukturierung operationalisieren lässt und unter anderem deshalb häufig zur empirischen Erfassung von Öffentlichkeit herangezogen wird. Ferner eignet sich das Forenmodell als öffentlichkeitstheoretische Basis für die vorliegende Untersuchung, da es die Rolle der Medien wie folgt reflektiert.

Das Forenmodell versteht Öffentlichkeit als ein ‚intermediäres System‘, in dem zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen – beispielsweise Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur – und dem übergeordneten politisch-administrativen System vermittelt wird (Neidhardt, 1989, S. 29-31). Pöttker (1998, S. 235-236 und z.B. auch Marcinkowski, 1993, S. 114) fasst die Vermittlungsleistung von Öffentlichkeit dabei noch weiter: Auch verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme würden durch die Öffentlichkeit voneinander erfahren, einen Umweg über das politische System brauchte es nicht notwendigerweise. Öffentlichkeit besteht aus verschiedenen mit Relaisstationen verbundenen Arenen bzw. Foren, in denen Sprecher als zentrale Öffentlichkeitsakteure fungieren. Sie lassen sich danach differenzieren, wen oder was sie vertreten. Die Sprecher richten sich an ein prinzipiell unabgeschlossenes Publikum, das sich durch ein Übergewicht an Laien auszeichnet, in seiner Zusammensetzung häufig heterogen und nur schwach organisiert ist. Da das Publikum nicht die Bedingungen eines kollektiven Akteurs erfüllt, beschränkt sich „seine Handlungsfähigkeit ... [auf] die Summe von individuellen Reaktionen“ (Neidhardt, 1994, S. 14). (ebd., S. 11-17) Wessler und Brüggemann (2012, S. 57; kursiv im Original) präzisieren das grundlegende Verständnis des Forenmodells und bezeichnen Öffentlichkeit als „(1) ein *Netzwerk* (2) verschiedenster Arenen öffentlicher Debatte, die durch (3) *Kommunikationsflüsse* miteinander verknüpft sind“. Neben den Öffentlichkeitsprechern und dem Publikum stellen die Massenmedien eine dritte Akteursgruppe dar, die zwischen den ersten beiden vermittelt. Damit wird die unmittelbare Interaktivität reduziert, die Reichweite der öffentlichen Sprechakte steigt aber erheblich. Mit dieser Reichweite und mit der Tatsache, dass die Medien ein sehr weites und disparates Publikum mit Themen und Meinungen versorgen müssen, geht eine „soziale Unverbindlichkeit“ (Neidhardt, 2006, S. 34) und Autonomie einher. Diese zeigt sich vor allem in der Ausbildung einer eigenständigen Medienlogik sowie mit der zunehmenden Professionalisierung der Beitragsproduktion und – in einer ähnlich kritischen Perspektive wie Habermas – im Prozess der Kommerzialisierung und der steigenden Abhängigkeit von der Werbewirtschaft. (Neidhardt, 1994, S. 10-12; 2006, S. 33-34) Dieses Verständnis

von Medien spiegelt die bereits beschriebene Doppelrolle wider und rückt den medial vermittelten Diskurs als Annäherung zu Öffentlichkeit in den Vordergrund, ohne zum Beispiel politische oder zivilgesellschaftliche Sprecher als eigenständige Akteure zu vernachlässigen.

Blickt man nun auf die Funktionen von Öffentlichkeit, so stellt Neidhardt (1994, S. 8; 11; 14-15) für die Inputdimension die Transparenzfunktion heraus. Demnach muss das intermediäre System für alle gesellschaftlichen Gruppen, Themen und Meinung offen sein, die von kollektiver Bedeutung sind. Als zentrale Öffentlichkeitsakteure, die die Vielfalt von Meinungen abbilden können, fungieren Sprecher und Medien. Da Medien einer eigenen Logik folgen und dadurch unabhängige Akteure in der Öffentlichkeit darstellen, können sie den Diskurs nicht nur vermitteln, sondern auch nachhaltig prägen. Öffentlichkeitssprecher haben ein zentrales Interesse daran, in den Mediendiskurs aufgenommen zu werden, um ihre Position an ein möglichst großes Publikum verbreiten zu können und so die Aufmerksamkeit des Publikums und letztendlich seine Zustimmung zu erlangen.

Hinsichtlich der Throughputdimension ist die Validierungsfunktion zentral. Diese erfordert einen diskursiven Umgang mit verschiedenen Meinungen und Themen sowie ihre potentielle Revidierbarkeit unter argumentativem Druck. Das ‚Wie‘ der öffentlichen Kommunikation prägen dabei die Austauschbeziehungen zwischen den Öffentlichkeitssprechern, den Medien und dem Publikum. Die Sprecher müssen sich der öffentlichen Kommunikationslogik anpassen, ihre Beiträge interessanter und wichtiger erscheinen lassen und dabei kompetent wirken, um die Aufmerksamkeit des Publikums zu binden (Neidhardt, 1994, S. 8; 17-19).

Auf der letzten Dimension – dem Output – sollen die Öffentlichkeitsakteure eine öffentliche Meinung produzieren, die das Publikum als überzeugend wahrnimmt und somit akzeptiert. Dies kann nur geschehen, wenn die vorhergehende Funktion der Validierung erfolgt ist und ein diskursiver Umgang mit Themen und Meinungen in der öffentlichen Kommunikation stattgefunden hat. Die öffentliche Meinung ist dabei eben nicht das Aggregat der Bevölkerungsmeinung, sondern eher das „kollektive Produkt von Kommunikation, das sich zwischen den Sprechern als ‚herrschende‘ Meinung darstellt“ (Neidhardt, 1994, S. 26).

Ein Argument, das für die Nutzung des Forenmodells spricht, ist das Öffentlichkeitsverständnis von verschiedenen lose miteinander verknüpften Arenen öffentlicher Diskurse. Diese offene Konzeptualisierung erlaubt es, ein Manko zu umgehen, das dem Öffentlichkeitsbegriff inhärent ist: den impliziten Bezug zum Nationalstaat. Es war und ist teilweise noch gängig, Öffentlichkeit als einen geschlossenen Kommunikationsraum zu verstehen, der nach innen integrierend und nach außen abgrenzend wirkt (Trenz, 2010). Solche Implikationen identifi-

ziert Fraser (2007, S. 9-10) beim Habermas'schen Öffentlichkeitsverständnis unter anderem aus historischer Perspektive: So stellt der Ursprung der bürgerlichen Öffentlichkeit, den Habermas in Briefen und Romanen des 18. und 19. Jahrhunderts sieht, zeitgleich die Basis für die Etablierung eines nationalstaatlichen Gemeinschaftsgefühls dar. Auch die Annahme, dass eine Bürgerschaft „*einen politischen Begriff*“, ihrer Gesellschaft und damit die Wahrnehmung eines *gemeinsamen politischen Geltungsbereiches*“ (Imhof, 2003, S. 205; kursiv im Original) benötigt, damit Gesellschaft auf sich selbst einwirken kann, rekurriert auf die Verschränkung des politischen mit dem öffentlichen Geltungsbereich (ebd., S. 205-206). Öffentlichkeit, so die Implikation laut Fraser (2007, S. 9-10), korreliert in demokratischen Systemen demnach mit einem politisch-administrativen System, das souveräne Macht über ein abgegrenztes Territorium ausübt. Dabei verstehen sich die Teilnehmer der öffentlichen Debatte als Mitglieder einer Gemeinschaft – eines *demos* – und befassen sich mit ihrer Organisation. Ferner deutet auch die herausgestellte Bedeutung von Medien in öffentlichen Diskussionen auf einen nationalen Bezug des Öffentlichkeitskonzeptes hin: Zum einen sind Medien als zentrale Akteure vornehmlich nationalstaatlich organisiert und zum anderen bedarf es für die Teilnahme der Bürger an öffentlichen Debatten einer gemeinsamen Sprache.

So plausibel eine solche Sichtweise im ersten Moment auch scheint, so sehr verstellt sie den Blick auf öffentliche Kommunikation, die nationalstaatliche Grenzen überschreitet sowie von außen beeinflusst wird und verschließt sich damit der zunehmenden Entgrenzung politischer Entscheidungsprozesse. Inwiefern die Betrachtung derartiger Transnationalisierungsprozesse jedoch demokratietheoretisch bedeutsam ist und wie die Öffentlichkeitsperspektive hierbei nutzbar gemacht werden kann, zeigt das folgende Kapitel.

Transnationale Öffentlichkeit und ihre Qualitäten
Eine quantitative Inhaltsanalyse deutscher
Medienberichterstattung

Polownikow, A.

2017, XIII, 263 S. 12 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17945-8